

Thomas Straubhaar
Radikal gerecht

Thomas Straubhaar

RADIKAL GERECHT

Wie das
bedingungslose Grundeinkommen
den Sozialstaat revolutioniert

edition  Körber-STIFTUNG



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© edition Körber-Stiftung, Hamburg 2017

Umschlag: Groothuis, www.groothuis.de
Herstellung: Das Herstellungsbüro, Hamburg |
buch-herstellungsbuero.de
Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany

ISBN 978-3-89684-194-0

Alle Rechte vorbehalten

www.edition-koerber-stiftung.de

Inhalt

»Geld für alle«	7
Das Problem: Der veraltete Sozialstaat	33
1. Herausforderung: Alterung	35
2. Herausforderung: Digitalisierung	51
3. Herausforderung: Individualisierung	64
4. Herausforderung: Arbeitsethos	75
5. Ein Sozialstaat für das 21. Jahrhundert	84
Die Lösung: Das bedingungslose Grundeinkommen ..	85
6. Wie das Grundeinkommen funktioniert	97
7. Warum ein Grundeinkommen notwendig ist	115
8. Ist das Grundeinkommen finanzierbar?	136
9. Ist das Grundeinkommen ökonomisch sinnvoll?	153
10. Ist das Grundeinkommen gerecht?	171
Eine realistische Revolution des Sozialstaates	182
Anmerkungen	199
Literaturverzeichnis	226

»Geld für alle«

»Geld für alle«. Vom Staat. Ohne Gegenleistung. Einfach so. An alle. Ob arm oder reich, jung oder alt, ob mit oder ohne Familie, allein lebend oder zusammen mit anderen. Menschen mit oder ohne Beschäftigung, Hilfs-, Fach- oder Führungskräfte: Allen wird gleichermaßen vom Staat Monat für Monat ein exakt identischer Geldbetrag auf das persönliche Konto überwiesen. In der Höhe des Existenzminimums. Sodass es für alle, unabhängig von einer eigenen Erwerbstätigkeit oder eigenem Vermögen, möglich wird, ein menschenwürdiges Dasein zu finanzieren und am öffentlichen Leben teilzunehmen.

»Geld für alle«: was für eine radikale Forderung. Das kann nicht gut gehen! Falsch: Die Vision muss Realität werden – lieber früher als zu spät! Zwar ist ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) nicht alternativlos. Wenn aber der demografische Wandel, die Digitalisierung und die damit einhergehenden gesellschaftlichen und ökonomischen Verhaltensänderungen alles Bisherige infrage stellen, bedarf es neuer, zeitgemäßer Antworten. Das be-

dingungslose Grundeinkommen ermöglicht eine gerechte, liberale und effektive Anpassung des Sozialstaates an die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Es ist auf die Lebenswirklichkeit der Zukunft ausgerichtet und hält nicht an einer Vergangenheit fest, die es so schon lange nicht mehr gibt. Somit ist nicht das Grundeinkommen, sondern der Verzicht auf ein Grundeinkommen eine riskante Politik, die scheitern wird.

Sorge und Hoffnung sind die fundamentalen Motive für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Sorge um den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft; Streit und Misstrauen prägen gegenwärtig das gesellschaftliche Miteinander. Polarisierung verdrängt Maß und Mitte. Das politische Klima wird zunehmend durch Unverständnis für die Meinung anderer, Verachtung und Unversöhnlichkeit, immer stärker auch durch wütende Proteste, Hetze und Hass vergiftet. Dissens statt Konsens zerstört die Basis von Zugehörigkeit und Gemeinschaft. Das große Ganze – Demokratie, Rechtsstaat und freiheitliche Gesellschaftsordnung – gerät in Gefahr.

Das bedingungslose Grundeinkommen bietet Hoffnung, mit einem gemeinsam getragenen neuen Zukunftsmodell das Zusammengehörigkeitsgefühl wieder zu beleben. Alle mitzunehmen, niemanden auszuschließen. Neben ökonomischer Effizienz auch eine soziale Umverteilung anzustreben. Einer verunsicherten Gesellschaft eine Perspektive aufzuzeigen für ein großes gemeinsames Ziel: ein für alle lebenswertes Deutschland.

Ein radikaler Systemwechsel eröffnet die dringend benötigte Chance eines unverbrauchten Neuanfangs. Er ermöglicht es, ausgetretene, misstrauisch beobachtete, über Dekaden gewachsene Interessenverflechtungen, kritische Pfadabhängigkeiten und veraltete Verfahrensweisen infrage zu stellen. Etwas Neues zu tun. Offensiv zu gestalten, nicht defensiv immer wieder alte Löcher stopfen zu müssen.

Das bedingungslose Grundeinkommen weist Deutschland einen zwar radikalen, aber eben auch gangbaren Weg, um die eigendynamische Spirale des gesellschaftlichen Auseinanderlebens zu durchbrechen. Es liefert eine nachhaltig tragfähige Grundlage für einen Gesellschaftsvertrag zwischen den Generationen. Es zeigt, wie die Arbeitsgesellschaft auf die dramatischen Veränderungen durch die Digitalisierung reagieren kann – wohl eher reagieren muss –, wenn nicht überall, aber doch mancherorts mit künstlicher Intelligenz ausgestattete Roboter den Menschen ersetzen werden. So, dass die Herausforderungen der Zukunft bewältigt und zu einer historischen Chance, nicht zu einer Gefahr für Deutschland werden.

Visionen mögen für viele Utopien sein. Sie verursachen neue Kosten und bergen unbekannte Risiken. Das gilt aber ebenso für alle anderen Alternativen. Ohne Visionen geht jedoch der Optimismus verloren, dass sozioökonomische Herausforderungen bewältigt werden können. Deshalb ist eben auch gültig, dass wer heute (k)eine Vision, morgen (k)eine Zukunft hat.

Neue Zeiten erfordern neue Lösungen

»Geld für alle« ist keine neue Idee. Sie galt aber lange als reine Utopie. Jetzt wird sie zur gesellschaftsfähigen Vision, deren Chancen stetig steigen, bald schon realisiert zu werden. Wesentliche Ursache für den Stimmungswandel sind die Digitalisierung und der demografische Wandel. Erstere verkürzt die Arbeitszeit, Letzterer ist Folge einer verlängerten Lebenserwartung. Zusammen bewirken sie, dass die Erwerbszeit einen geringeren, Freizeit und Ruhestand einen größeren Stellenwert im Leben eines Menschen erhalten. Erforderlich wird dadurch die Neuorientierung einer Arbeitsgesellschaft, für die Arbeit alles und ohne Arbeit alles nichts war.

Die Vergangenheit war für die radikale Idee des bedingungslosen Grundeinkommens nicht reif. Aus verständlichen Gründen. Die Arbeitswelt des letzten Jahrhunderts war industriell geprägt. Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer strebten nach einer stabilen, lebenslangen Vollbeschäftigung als Normalfall. Beide Seiten wollten so lange wie möglich gemeinsam von Bildungsanstrengungen, erworbenen Jobfähigkeiten und Berufserfahrung der Belegschaften profitieren. Alle Beteiligten waren deshalb an langjährigen, wenn möglich lebenslangen Beschäftigungsverhältnissen, tragfähigen Arbeitsnetzwerken und dauerhafter Betriebszugehörigkeit interessiert.

Die Digitalisierung verändert mit Wucht und Tempo Lebensalltag und Arbeitswelt. Und sie erzwingt einen Pers-

pektivenwechsel. Wenn Roboter Menschen ersetzen, muss zwangsläufig Arbeit einen anderen Stellenwert erhalten. Die Arbeit wird dem Menschen zwar nicht ausgehen. Aber die Arbeitszeit wird weiter schrumpfen. Der Mensch wird bei vielen Aktivitäten – besonders im Bereich der standardisierten, sich stetig wiederholenden einfachen Tätigkeiten – in den Hintergrund gedrängt.

Die Digitalisierung wird darüber hinaus den von einem Beschäftigten pro Werktag erzeugten Mehrwert – also die Arbeitsproduktivität – weiter steigern. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) – als Summe der gesamten Wertschöpfung in einer Volkswirtschaft – kann mit weniger Arbeitszeit und viel mehr Maschinenzeit erwirtschaftet werden. Was braucht es da noch den Menschen? Wenn Menschen immer weniger lang arbeiten, wer zahlt dann noch Steuern? Wie wird der Sozialstaat finanziert werden, wenn Roboter und nicht mehr Personen Werte schaffen?

Viele bewerten den »Aufstieg der Roboter«¹ als Bedrohung. Aber eigentlich bietet die Digitalisierung der Arbeitsgesellschaft eine historische Chance, sich neu zu orientieren. Wenn der Mensch durch Maschinen aller Art und durch Automaten mit künstlicher Intelligenz erst ergänzt, später zunehmend auch ersetzt wird, können und sollen alte Verhaltensweisen hinterfragt werden.

Arbeitslosigkeit wird im Zeitalter der Digitalisierung weniger denn je Ergebnis eines mikroökonomischen Scheiterns sein, sondern mehr und mehr zum Zeichen des makroökonomischen Erfolgs. Sie ist nicht die unge-

wollte Konsequenz einer hoffnungslosen Volkswirtschaft auf dem abschüssigen Weg in die Armut. Im Gegenteil: Sie ist die Errungenschaft einer hoch effizienten Automatisierung, die nicht mehr den Menschen malochen lässt, sondern ihm mehr und mehr erlaubt, einen immer größer werdenden Anteil seiner Lebenszeit nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Eine an sich paradiesische Entwicklung!

Dank der Digitalisierung wird es in Zukunft weder volks- noch betriebswirtschaftlich erforderlich sein, alle Menschen ein immer länger werdendes Leben lang zur Arbeit zu zwingen. Weder bedarf es makroökonomisch so vieler Personen, die ein Leben lang vollbeschäftigt nichts anderes tun, als zu arbeiten. In immer mehr Bereichen werden Automaten und Roboter das meiste nicht nur genauso gut wie Menschen, sondern besser, billiger und fehlerfrei erledigen können. Noch scheint es für manche Tätigkeit ökonomisch sinnvoll zu sein, Menschen aus Existenznot zu gewissen Arbeiten zu verpflichten, die gesundheitsgefährdend, gefährlich, schmutzig oder schlecht bezahlt sind. Dafür wird es jedoch – neuen Technologien sei Dank – in Zukunft immer mehr und bessere »unbemannte Lösungen« geben, die in jeder Beziehung effektiver als Menschen sind. Das ist erfreulich, nicht bedrohlich.

Die Digitalisierung eröffnet neue Horizonte, um mit modernen Konzepten kluge sozialpolitische Antworten auf künftige Herausforderungen durch Roboter, künstliche Intelligenz und das Internet der Dinge zu finden. Dabei

zeigt sich an immer mehr Stellen, dass die Zeit für ein bedingungsloses Grundeinkommen gekommen ist. Demografischer und struktureller Wandel sowie die damit einhergehenden politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen erfordern einen Sozialstaat, der den Realitäten des 21. Jahrhunderts Rechnung trägt. Diesen Erwartungen folgt und genügt ein Grundeinkommen.

Die Grundidee des bedingungslosen Grundeinkommens

»Geld für alle« vom Staat ohne Gegenleistung und in Höhe des Existenzminimums bedeutet einen fundamentalen Perspektivenwechsel: weg von einem Sozialstaat, der im Nachhinein durch aktivierende Maßnahmen korrigieren will, was vorher falsch gelaufen ist. Weg von einer Finanzierung über Abgaben aus dem Arbeitseinkommen. Weg von Arbeitswelten, Familienbildern und Lebensläufen, die schon heute nicht mehr der Wirklichkeit und erst recht nicht dem Alltag der Zukunft entsprechen. Hin zu einer garantierten Teilhabe und einer Ermächtigung aller – im Voraus. Hin zu einer Finanzierung, die auch die Wertschöpfung von Robotern einbezieht. Hin zu Lebens- und Verhaltensweisen, die der Realität des 21. Jahrhunderts entsprechen.

Ja, das bedingungslose Grundeinkommen entspricht

einem radikalen Neuanfang. Aber nein, es ist kein unkalulierbarer Sprung ohne Auffangnetz. Denn letztlich ist das Grundeinkommen im Kern nichts anderes als eine fundamentale Steuerreform. Es bündelt alle sozialpolitischen Maßnahmen in einem einzigen Instrument, dem bedingungslos ausbezahlten Grundeinkommen. Die konkrete Ausarbeitung – also die politisch zu bestimmende Höhe des Existenzminimums, die der Höhe des Grundeinkommens entspricht – bietet genügend Freiraum für spezifische Anpassungen an heute noch unbekannte neue Herausforderungen der Zukunft.

Das bedingungslose Grundeinkommen folgt einer einfachen Logik. Es verzichtet auf ein mehrspuriges Gewirr von über Steuern und Abgaben aus dem Arbeitseinkommen finanzierten Sozialversicherungen und sozialpolitischen Maßnahmen. Stattdessen verrechnet es als Universalzahlung alle personenbezogenen Sozialtransfers und folgt dem Konzept einer negativen Einkommensteuer.² Das heißt, alle erhalten vom Staat zunächst einmal Geld, was aus staatlicher Sicht einem Abfluss und damit dem Gegenteil eines Steuerzuflusses entspricht.

Aber alle, die Einkommen erwirtschaften – und eben auch die Eigentümer der Roboter –, zahlen gleichermaßen auf alle Einkommen Steuern – und zwar an der Quelle, vom ersten Euro an. Somit zeigt sich, dass auch weiterhin am Ende (also im Saldo, der die Steuerzahlungen mit dem Grundeinkommen verrechnet) der größte Teil der Bevölkerung aus der Sicht des Staates positive Steuern bezahlt.

Wichtig dabei ist, dass der Staat Kapitalerträge genau so wie das Arbeitseinkommen besteuert. Das gilt auch für die mithilfe von Robotern erwirtschafteten Gewinne. Sobald sie an die Eigentümer der Roboter (also die Aktionäre oder Gesellschafter) ausgeschüttet werden, gelangt an der Quelle der gleiche Steuersatz wie für den Lohn der Arbeit zur Anwendung.

Das Grundeinkommen sichert für alle, vom Säugling bis zum Greis, für Frau und Mann, von der Wiege bis zur Bahre, das Existenzminimum durch eine staatliche Geldzahlung. Nicht mehr, nicht weniger. Wem die Lebensqualität auf Höhe des Existenzminimums nicht genügt, muss selbstverantwortlich durch eigene Anstrengung eigenes Einkommen erwirtschaften. Und dabei gilt auch weiterhin: Wer Einkommen erzielt, bezahlt Steuern. Und ebenso gilt: Wer mehr verdient, zahlt mehr Steuern als derjenige, der weniger verdient.

Das Grundeinkommen ersetzt alle heute bestehenden sozialpolitischen Transfers, also Rentenzahlungen, Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe u. a. Andererseits muss auch niemand mehr Sozialabgaben leisten, denn die entfallen komplett. Es gibt neben dem über Steuern finanzierten Grundeinkommen keine durch Lohnabgaben gespeiste sozialstaatliche Parallelstruktur mehr. Damit wird der Anachronismus beseitigt, dass heutzutage nur für einen Teil der Bevölkerung bis zu einer gedeckelten Beitragsbemessungsgrenze eine Sozialversicherungspflicht gilt – nämlich für die unselbstständig Beschäftigten –,

für alle anderen aber nicht.³ Genauso wenig wird heute die Wertschöpfung der Roboter in die Solidarpflicht der Sozialversicherungen genommen.

Dass allen, dem Besser- wie dem Geringverdienenden, ein gleich hohes Grundeinkommen ausbezahlt wird, ist weder ungerecht noch unnötig. Es ist schlicht nichts anderes als ein Verrechnungsvorgang zum Zwecke der bürokratischen Vereinfachung. Alle erhalten zunächst eine Steuergutschrift. Alle zahlen danach auf alle Einkommen Steuern – der Besserverdienende mehr als der Geringverdienende. Das ist gerecht.

Entscheidend ist, was am Ende – also nach den Steuerzahlungen auf das Einkommen – für eine Nettobilanz besteht. Ob also jemand mehr oder weniger Einkommensteuer zahlt, als er Grundeinkommen erhalten hat. In der Praxis wird sich dann zeigen, dass die Mehrheit der Bevölkerung auch mit einem Grundeinkommen netto – also über alles gerechnet – weiterhin Steuern zahlt. Wer viel verdient, wird nämlich weit mehr Steuern an den Staat abführen als das Grundeinkommen. Er ist netto Steuerzahler und das Grundeinkommen mindert lediglich seine Steuerschuld.

Wer wenig oder gar nichts verdient, wird weniger Steuern bezahlen als das Grundeinkommen. Er ist ein Zuschuss- oder Transferempfänger, weil er insgesamt vom Staat mehr Geld erhält, als er an den Staat Steuern zahlt. Aus Sicht der Staatskasse ist sein Beitrag negativ.

Wie viel Steuern der Besserverdienende mehr zahlen

soll als der Geringverdienende, damit unterschiedlichen Gerechtigkeitsvorstellungen entsprochen wird, ist eine Frage, die politisch beantwortet werden muss. Mit dem Grundeinkommen an sich hat das nichts zu tun. Es ist lediglich das Instrument zur Umsetzung politischer Entscheidungen.

Offensichtlich wird, dass die Höhe des Grundeinkommens und der Steuersatz die Stellschrauben sind, mit denen Politik und Bevölkerung das neue Sozialsystem steuern können. Dabei gilt es, zwischen Gerechtigkeitszielen und Anreizeffekten ein vernünftiges Gleichgewicht zu finden. Diese Abwägung ist weder spezifisch für das Grundeinkommen noch eine neue Problematik. Sie ist in jedem Falle mit jeder Form von Sozialpolitik verbunden.

Zwischen den Arbeitsanreizen jener, die staatliche Unterstützung erhalten, und den Leistungsanreizen der anderen, die staatliche Transfers durch Steuern zu finanzieren haben, besteht ein Spannungsfeld – immer, nicht nur beim Grundeinkommen. Ein hohes Grundeinkommen macht hohe Steuersätze erforderlich. Dadurch werden Anreize zu eigener Leistung geschmälert. Erwerbsarbeit wird dann weniger attraktiv. Ein niedriges Grundeinkommen lässt sich mit niedrigen Steuersätzen finanzieren. Eine geringe Steuerbelastung wirkt sich positiv auf die Leistungsanreize aus. Erwerbsarbeit wird erstrebenswerter.

Neu ist, dass beim Grundeinkommen das gesamte Einkommen gleichermaßen an der Quelle der Entstehung besteuert wird. Und zwar vom ersten bis zum letzten

Euro mit dem gleichen Steuersatz.⁴ Beamte, Selbstständige sowie Kapitalerträge, Zinsen, Dividenden, Tantiemen, Mieteinkommen etc. werden genauso wie die Löhne der Unselbstständigen oder die mit Robotern erzielten Unternehmensgewinne in die Solidarpflicht eingebunden. Sozialpolitik geht alle an. Deshalb müssen alle Einkommensquellen ihren Beitrag zur Finanzierung des Sozialstaates leisten – auch die (Eigentümer der) Roboter.

Warum kein bedingungsloses Grundeinkommen?

Für die Befürworter ist das bedingungslose Grundeinkommen ein unverzichtbares sozialpolitisches Konzept einer modernen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Es wird als logische Konsequenz aus den demografischen, technologischen, sozialen und ökonomischen Veränderungen der letzten und der kommenden Jahrzehnte verstanden. Globalisierung und Digitalisierung beschleunigen den Wandel von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Vielen Menschen geht vieles viel zu schnell. Entwurzelung, Verunsicherung und Angst sind die Folgen.

Das bedingungslose Grundeinkommen sorgt für Halt, Sicherheit und schafft Freiräume. Wenn die Existenz materiell in jedem Falle zu jeder Zeit garantiert ist, wird die Bevölkerung von der Sorge des wirtschaftlichen Über-

lebens entlastet. Das Grundeinkommen schafft Voraussetzungen, die für selbstbestimmte Tätigkeiten genutzt werden können. Natürlich werden nicht alle die neu verfügbaren Möglichkeiten ausschöpfen. Das tun viele auch heute nicht. Aber mindestens wer will, kann die sich mit dem Grundeinkommen bietenden Gelegenheiten ergreifen.

Für die Gegner ist »Geld für alle« in Form eines vom Staat bedingungslos an alle ausbezahlten Grundeinkommens eine absurde Idee naiver Weltverbesserer. Sie sind sich sicher, dass eine Wirtschaft ohne Arbeitszwang nicht funktionieren kann. Wer würde sich noch anstrengen, wenn die Existenz – heute, morgen, immer – durch den Staat und nicht durch eigene Leistung gesichert ist? Wer wäre da noch bereit, gefährliche, schmutzige, schlecht bezahlte Arbeiten zu erledigen?

»Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen.« Das ist die protestantische DNS. Sie prägt Arbeitsethos und Solidarität. Deshalb laufe »ein Grundeinkommen für jedermann einem Grundgedanken der christlichen Soziallehre zuwider ...: dem Prinzip der Subsidiarität«. ⁵ Erst kommt die Selbsthilfe, danach die Unterstützung durch Familie und Verwandtschaft. Allein, wer alle privaten Rettungsanker geworfen hat und dennoch unverschuldet in Not gerät und verbleibt, darf Hilfe von Gesellschaft und Staat erwarten – vorausgesetzt, er ist Mitglied des Sozialsystems und hat vorher durch seine Beiträge zur Finanzierung der Sozialversicherungen beigetragen.

Wieso aber muss eine moderne Wissensgesellschaft im 21. Jahrhundert an einer Vogel-flieg-oder-stirb-Ideologie längst vergangener Tage festhalten? Dass also ein Teil der Bevölkerung aus reiner Existenznot Arbeiten erledigen muss, die niemand sonst machen würde.

Das bedingungslose Grundeinkommen sieht in den technologischen Neuerungen der Digitalisierung nicht einen Angriff auf die menschliche Arbeitskraft. Im Gegenteil. Es erkennt die historische Chance für eine vollständig neue Arbeitsteilung zwischen Menschen und Automaten: nicht mehr »Mensch gegen Maschine«, sondern »Mensch mit Maschine«. Der Mensch arbeitet nur noch das, was Spaß und Sinn macht. Stupide und unwürdige Arbeiten erledigt der Roboter – rund um die Uhr, besser, verlässlicher, ausdauernder und billiger, als es Menschen je konnten.

Wenn künftig mehr und mehr Automaten an die Stelle von Menschen treten (können), wieso sollen dann Roboter dem Menschen nicht auch jene Arbeiten abnehmen, die gefährlich, gesundheitsgefährdend, körperlich belastend, schmutzig, langweilig und repetitiv sind? Warum können im Zeitalter der Digitalisierung nicht Putzroboter Toiletten reinigen, unbemannte Drohnen Pakete zustellen, selbst fahrende Kräne Dächer decken und rund um die Uhr nimmermüde Kameras Wachdienste und Kontrollgänge erledigen? Und die von derartiger Arbeit befreiten Menschen wenden sich stattdessen kreativen, spannenden und sinnvollen Tätigkeiten zu.

Es gibt Ökonomen, die ein bedingungslos gewährtes Grundeinkommen für eine »abstruse Idee mit starken Fehlanreizen« halten: »Die Arbeitsmoral würde zerrüttet, die Grundlagen der Arbeitsethik ... würden zerstört.«⁶ Nichts sei kostenfrei und niemand dürfe ohne jede eigene Anstrengung unterstützt werden.

Natürlich gibt es bei jedem Sozialstaatsmodell Menschen, die selber nichts tun und auf Kosten anderer leben. Das ist aber jetzt bereits möglich. Denn auch der heutige Sozialstaat sorgt dafür, dass niemand wirtschaftlich ins Bodenlose stürzt. Trotzdem streben die wenigsten danach, von Sozialhilfe zu leben. Die meisten wollen durch eigene Leistung ihren Lebensunterhalt finanzieren.

Ein Sozialstaat der Moderne muss auf die Leistungswilligen ausgerichtet sein, nicht auf die Leistungsverweigerer. Er soll jene ermächtigen, die etwas leisten wollen. Und er soll nicht mit einem riesigen bürokratischen Aufwand Unwillige zu Arbeiten zwingen, die durch Roboter billiger und besser erledigt werden können.

Um es in aller Klarheit auszudrücken: Im Zeitalter der Digitalisierung wird der Wohlstand der Nationen immer weniger davon abhängen, ob es gelingt, unwillige Menschen durch einen Überlebenszwang zu nötigen, gefährliche, schmutzige und stupide Arbeiten zu erledigen, die in aller Regel einem äußerst geringen Beitrag zur Wertschöpfung einer Gesellschaft insgesamt entsprechen und deshalb auch demgemäß schlecht bezahlt werden. Mikroökonomisch sowieso, aber auch makroökonomisch

sind es Leistungsfähigkeit und Leistungswille, die für den wirtschaftlichen Erfolg entscheidend sind. Sie gilt es zu stärken und zu fördern. Darauf muss ein Sozialstaat im 21. Jahrhundert ausgerichtet sein. Und nicht darauf, Menschen zu etwas zu zwingen, was nur dem nackten Überleben dient, aber für den Wohlstand und ökonomischen Fortschritt einer Volkswirtschaft insgesamt unbedeutend bleibt.

Noch einmal: Für menschenunwürdige Jobs gibt es Roboter. Und Maschinen kosten oft nur auf den ersten Blick scheinbar mehr als menschliche Arbeitskräfte. Werden die langfristigen – heutzutage oft vernachlässigten, da sozialisierten – Kosten von Gesundheitsschädigung, Burnouts, Depressionen und Erwerbsunfähigkeit mitberücksichtigt, zeigt sich in einer Zeit, in der es mit Automaten und Maschinen einfach verfügbare Alternativen gibt, mehr denn je der ökonomische Unsinn, Menschen durch Arbeit zu verschleifen.

Für den Wohlstand einer Volkswirtschaft wird es bei Weitem entscheidender sein, wie innovativ, kreativ und wettbewerbsfähig die Bevölkerung im Großen und Ganzen ist. Entsprechend muss auch ein Sozialstaat darauf ausgerichtet sein, nicht durch Zwang Missbrauch verhindern zu wollen, sondern durch Anreize Innovationspotenziale, Kreativität und Leistungsfähigkeit aller zu fördern.

Andere Kritiker argumentieren aus einer politisch linken, gewerkschaftsnahen Position gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen. Es sei »so gefährlich«, weil es

»für Teile des rechten politischen Spektrums die Illusion (schaffe), mit einem (möglichst geringen) ›Einkommen für alle‹ darüber hinausgehende Verteilungsfragen dauerhaft zu unterbinden.«⁷ Was für ein fundamentaler Irrtum! Weder kann noch will das Grundeinkommen normative Fragen der Verteilungsgerechtigkeit klären. Es ist ein Instrument der Sozialpolitik, keine sozialpolitische Ideologie. Es konzentriert sich ausschließlich auf die Einkommensteuer. Vermögens- oder Erbschaftssteuerfragen bleiben komplett unberücksichtigt und müssen von Gesellschaft und Politik anderweitig beantwortet werden.

Wenn es politisch mehrheitsfähig ist, kann mit dem bedingungslosen Grundeinkommen jedes gewünschte Maß der Umverteilung von Besser- zu Schlechtverdienenden durchgesetzt werden. Es bleibt der Politik unbenommen, das Grundeinkommen und die Einkommensteuersätze nach Belieben festzulegen. Dabei ist es sicher nicht schädlich, mit politischer Vernunft und ökonomischem Sachverstand zu agieren und Maß und Mitte nicht aufgrund ideologischer Überzeugungen aus den Augen zu verlieren.

Aus gewerkschaftlicher Sicht dominiert die Sorge um den Machtverlust die Bewertung des bedingungslosen Grundeinkommens. »Was vielen Erwerbslosen irrigerweise als ›Schlaraffenland ohne Arbeitszwang‹ erscheint, wäre in Wirklichkeit ein Paradies für Unternehmer, in dem Arbeitnehmer weniger Rechte als bisher und Gewerkschaften keine (Verhandlungs-)Macht mehr hätten.«⁸

Richtig ist, dass mit dem Grundeinkommen der Arbeitsmarkt von einer Vielzahl sozialpolitischer Aufgaben befreit wird. Insbesondere bedarf es keiner sozialpolitisch motivierten gesetzlichen Mindestlöhne mehr. Wieso auch? Die Mindestsicherung tritt anstelle des Mindestlohns. Die Existenz aller wird durch das Grundeinkommen gesichert. Ein Mindestlohn, der nur jenen hilft, die Arbeit haben, ist für ein Leben in Würde aller nicht mehr erforderlich.

Falsch ist jedoch, dass mit einem Grundeinkommen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Gewerkschaften weniger Verhandlungsmacht hätten. Das Gegenteil trifft zu. Wenn Menschen nicht aus purer wirtschaftlicher Existenznot gezwungen sind, jeden angebotenen Job unter allen Bedingungen anzunehmen, können sie Nein sagen, wenn eine Arbeitsstelle an unwürdige Bedingungen gebunden ist. Es ist also gerade umgekehrt: Noch nie hätten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Macht als mit einem Grundeinkommen!

Vertreter eines aktivierenden Sozialstaates halten ein Grundeinkommen für eine »Stilllegungsprämie«.⁹ Wenn der Staat das Existenzminimum aller abgesichert habe, würde er sich aus seiner Verantwortung für die Problemgruppen zurückziehen (können). »Eine durch den Staat vermittelte neue Chance auf gesellschaftliches Fortkommen würde es nicht mehr geben.«¹⁰ Das kann sein. Aber wieso soll oder muss der Staat im Nachhinein Beschäftigungslose aktivieren? Wieso kann er nicht im Voraus Voraussetzungen schaffen, dass Menschen aus eigenem

Antrieb, eigenverantwortlich und selbstbestimmt tun, was sie machen wollen?

Ein Sozialstaat des 21. Jahrhunderts soll präventiv Probleme verhindern und nicht im Nachhinein Probleme aktivierend korrigieren wollen. Er soll die Mehrheit der Bevölkerung ermächtigen, vorhandene Fähigkeiten auszuschöpfen. Das Grundeinkommen schließt ja nicht aus, dass es für Einzelfälle gute Gründe gibt, auch in Zukunft staatliche Unterstützung bei Umschulungen und Neuorientierungen zu gewähren. Aber die staatliche Aktivität soll nicht mehr mit dem paternalistischen Anspruch legitimiert werden, Menschen zum Glück der Arbeit zwingen zu wollen.

Das bedingungslose Grundeinkommen findet Zulauf

»Es gibt Ideen, die ihren Weg zwar langsam machen, die aber nicht einfach wieder weggehen, weil nicht jedermann sie sogleich aufnimmt. Dazu gehört der Gedanke, daß es für alle Bürger entwickelter, zivilisierter Gesellschaften ein garantiertes Mindesteinkommen geben sollte.«¹¹ Was Lord Dahrendorf – ehemaliger Vorstandsvorsitzender der liberalen Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit – bereits vor 30 Jahren erkannte, bewahrheitet sich auch beim Grundeinkommen. Gut Ding will Weile haben.

Die Zeit für das bedingungslose Grundeinkommen ist jetzt gekommen. Digitalisierung und demografischer Wandel erzwingen und ermöglichen eine sozialpolitische Neuorientierung. An immer mehr Stellen wird erkannt, dass das Grundeinkommen – bei allen Unsicherheiten und Risiken – für die Sozialpolitik die besten Chancen bietet, die Vorteile der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu maximieren und die Nachteile zu minimieren.

Weltweit findet das Grundeinkommen Interesse und Zulauf. Der stärkste Antrieb kommt international vom Basic Income Earth Network.¹² In Deutschland werben verschiedene Netzwerke für ein Grundeinkommen.¹³ Eine repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag der Körber-Stiftung im Herbst 2016 ergab eine starke Zustimmung für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Auf die Frage: »Wenn jeder Erwachsene einen bestimmten Betrag bekommt, im Gegenzug aber andere staatliche Sozialleistungen wegfallen würden, sind Sie grundsätzlich für oder gegen ein solches ›bedingungsloses Grundeinkommen?«, antwortete über ein Drittel der Befragten (nämlich 38%) mit »Dafür«.¹⁴ Nur wenig mehr (43%) waren dagegen. Die Befragten unter 30 Jahren sprachen sich sogar mehrheitlich für ein Grundeinkommen aus. Ebenso positiv fiel die Zustimmung bei den erwerbstätigen Männern im Alter zwischen 25 und 39 Jahren aus. Hier war fast die Hälfte dafür (48%) und nur 39% äußerten sich gegen ein Grundeinkommen. Mehr und mehr – vor allem jüngere – Deut-

sche verstehen, dass es einer radikalen Modernisierung des Sozialstaates bedarf, damit möglichst viel Solidarität bewahrt werden kann.

In der Schweiz wurde im Juni 2016 über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens abgestimmt. Zwar scheiterte die Volksinitiative deutlich. Drei Viertel der Bevölkerung waren dagegen, nur ein Viertel sprach sich dafür aus. Aber immerhin über eine halbe Million Schweizerinnen und Schweizer befürworteten ein Grundeinkommen.¹⁵

Finnland testet ab 2017 das bedingungslose Grundeinkommen in der Praxis. Drei von fünf Finnen haben sich bei Umfragen dafür ausgesprochen, monatlich einen fixen Betrag vom Staat bezahlt zu bekommen – ohne dafür arbeiten zu müssen.¹⁶ Und so sollen nun 2000 zufällig ausgewählte Arbeitslose ohne Bedingung oder Gegenleistung und selbst dann, wenn sie einen Job gefunden haben, über ein ganzes Jahr eine Unterstützungszahlung von monatlich 560 Euro bekommen. Von den Testergebnissen erhofft man sich Einsichten darüber, wie ein Grundeinkommen die Anreize verändert, eine Beschäftigung zu suchen und anzunehmen.

Es ist sicher kein Zufall, dass in den letzten Jahren das bedingungslose Grundeinkommen in der Schweiz und in Finnland am intensivsten diskutiert wird. Beide Staaten gehören im weltweiten Vergleich zu den wohlhabendsten Volkswirtschaften. Beide haben neben dem Wissen, dem Können und der Leistungsfähigkeit der Bevölkerung

kaum natürliche Standortvorteile. Deshalb ist in beiden Ländern das Bewusstsein ausgeprägter als anderswo, dass die Wirtschaftspolitik darauf ausgerichtet werden muss, menschliche Potenziale zu fördern, und weniger darauf, Unwillige zu zwingen, etwas zu tun, was diese nicht wollen und letztlich zum gesamtwirtschaftlichen Erfolg nicht wirklich maßgeblich beiträgt.

Aber nicht nur in der Schweiz und in Finnland, sondern in vielen anderen Ländern lassen sich mehr und mehr – wie die Forsa-Umfrage vom Herbst 2016 zeigt – vor allem junge Menschen vom Grundeinkommen faszinieren, inspirieren und überzeugen.¹⁷ Sie wollen offensiv die Chancen nutzen, die neue Technologien, Wertewandel und Verhaltensveränderungen auch gerade für Wirtschafts- und Sozialpolitik eröffnen. Sie möchten agieren, nicht reagieren, die Zukunft gestalten, nicht Problemfälle verwalten.

Der wachsende Zulauf verdeutlicht, dass viele das Grundeinkommen für das schlüssigste Modell eines Sozialstaates des 21. Jahrhunderts halten. Sie erkennen, dass die großen sozioökonomischen Megatrends der Zukunft – der demografische Wandel, die Individualisierung und die Digitalisierung – die Welt, die nationalen Volkswirtschaften und das gesellschaftliche Zusammenleben so fundamental verändern werden, dass sozialstaatliche Konzepte aus dem vorletzten Jahrhundert damit völlig überfordert sein werden. Deshalb wollen sie einen Systemwechsel und nicht nur eine Reparatur.